



Von Bear Stearns bis zu den Rettungsschirmen

Die Chronologie der Krise

Die Aktienkurse rauschen in den Keller, große Banken melden Insolvenz an. Dann erfasst die Finanzmarktkrise die gesamte Weltwirtschaft. Und kaum ist die Rezession überwunden, geraten ganze Staaten in Schwierigkeiten - ein erneuter Abschwung ist die Folge. Doch wie hat die Krise eigentlich begonnen, was passierte seitdem - und was geschieht aktuell?



August 2013

Eurozone überwindet Rezession

Sechs Quartale hintereinander verbuchte die Eurozone ein Minus - nun ist die bisher längste Rezession beendet: Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft um 0,3 Prozent. In den USA sollen die Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac abgewickelt werden. | mehr



Juli 2013

Lettland darf den Euro einführen

Die Eurozone wächst. Die EU-Staaten beschließen die Aufnahme Lettlands in die Währungsunion im Jahr 2014. Die Eurogruppe gibt die nach Kredittranche für Griechenland frei. Das Geld soll in Raten fließen - und nur nach einer weiteren Entlassungswelle im öffentlichen Dienst. | mehr



Juni 2013

IWF mahnt, räumt aber auch Fehler ein

Der IWF senkt die Konjunkturprognose für Deutschland und ermahnt Frankreich zu mehr Reformen. Außerdem räumt der Währungsfonds Fehler bei der Griechenland-Rettung ein. Lettland darf der Eurozone beitreten. | **mehr**



Mai 2013

Rekord-Leitzins gegen die Rezession

Die deutsche Wirtschaft schafft zu Jahresbeginn nur ein Mini-Wachstum. Die Eurozone steckt in der Rezession. Die EZB senkt deshalb den Leitzins auf einen Tiefststand. Einige Länder beschließen neue Sparprogramme. Zypern bekommt das erste Geld aus dem Rettungspaket. | **mehr**



April 2013

Richter stoppen Portugals Sparhaushalt

Schock für Portugals Premier Passos Coelho: Das Verfassungsgericht erklärt wichtige Teile seines Sparhaushalts für verfassungswidrig. Der Bundestag winkt das Rettungspaket für Zypern durch. Das Krisenland bekommt mehr Zeit für die Sanierung seines Etats. | **mehr**



März 2013

Rettungspaket für Zypern steht

Im zweiten Anlauf ist das Rettungspaket für Zypern unter Dach und Fach. Nach der Ablehnung der ersten Fassung durch das zyprische Parlament wird tagelang verhandelt, bis die neue Fassung steht. Kleinsparer werden dabei verschont. Japan stoppt unterdessen die Rezession. | **mehr**



Februar 2013

Großbanken müssen Testament machen

Die Bundesregierung bringt ein Gesetz zur Bankenregulierung auf den Weg. Es verlangt von Großbanken Notfallpläne und Trennbanken. Griechenland meldet die Einhaltung der Defizitvorgaben. Der EU-Gipfel einigt sich auf einen EU-Finanzrahmen für 2014-2020. | **mehr**



Januar 2013

Start ins nächste schwierige Jahr

Bundeskanzlerin Merkel macht schon in ihrer Neujahrsansprache klar: Auch das Wirtschaftsjahr 2013 werde "nicht einfacher, sondern schwieriger". Im Jahreswirtschaftsbericht korrigiert die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose für das Jahr von 1,0 auf 0,4 Prozent nach unten. | **mehr**



Dezember 2012

Euro-Staaten geben Milliardenhilfe für Griechenland frei

Nach monatelangem Ringen erhält Griechenland die nächste Kredittranche aus dem vereinbarten zweiten Rettungspaket. Vorausgegangen war ein erfolgreiches Schuldenrückkaufprogramm. Die EU-Finanzminister vereinbaren Details der europäischen Bankenaufsicht, die 2014 ihre Arbeit aufnehmen soll. | **mehr**



November 2012

Griechen bekommen mehr Zeit und Geld

Die Euro-Staaten und der IWF einigen sich darauf, Griechenland mehr Zeit für die Umsetzung der Sparvorgaben einzuräumen. Grundlage ist der Troika-Bericht, der den Griechen "signifikante Fortschritte" bescheinigt. Um die Zusatzkosten aufzufangen, vereinbaren die Geldgeber eine Reihe von Maßnahmen. | mehr



Oktober 2012

Der ESM tritt in Kraft

Der ESM kann starten: Der Gouverneursrat gibt nun auch den offiziellen Startschuss. Gleichzeitig geht der Kampf gegen die griechischen Finanzprobleme weiter. Die Euro-Finanzminister erhöhen den Druck und stellen der Regierung in Athen, assistiert von IWF-Chefin Lagarde, ein Ultimatum. | mehr



September 2012

Das Bundesverfassungsgericht sagt Ja zum ESM

Der Weg zum Start des Euro-Rettungsschirms ESM ist frei. Das Bundesverfassungsgericht erlaubt die deutsche Ratifizierung des Vertrags unter Auflagen und löst damit europaweit Erleichterung aus. Die EZB gibt ein neues Programm zum Kauf von Staatsanleihen bekannt - und zwar ohne Limit, aber nur unter mehreren Bedingungen. | mehr



August 2012

Draghi ist bei Staatsanleihen bedingt kaufbereit

EZB-Chef Draghi ist unter Bedingungen bereit, wieder Staatsanleihen von Krisenländern aufzukaufen. Der Leitzins bleibt unterdessen auf dem historisch niedrigen Niveau von 0,75 Prozent. SPD-Chef Gabriel vollzieht eine Kehrtwende. Er ist jetzt für eine gemeinsame Schuldenhaftung bei scharfen Kontrollen. | mehr



Juli 2012

EZB senkt Leitzins auf Rekordtief

Die Euro-Staaten beschließen das Rettungspaket für Spaniens Banken in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro. Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins auf 0,75 Prozent - den niedrigsten Stand seit Einführung des Euro. Der Druck auf Deutschland wächst, zusätzlichen Rettungsmaßnahmen zuzustimmen. | mehr



Juni 2012

Spanien will Milliardenhilfen für seine Banken

Als viertes Land der Eurozone kündigt Spanien an, Hilfen des Euro-Rettungsschirms zu beantragen. Das Geld soll dazu dienen, den Banken des Landes genug Kapital bereitzustellen. Auch Zypern beantragt Hilfen des Rettungsschirms. Bundestag und Bundesrat stimmen dem Fiskalpakt und dem ESM-Vertrag zu. | mehr



Mai 2012

Machtwechsel stellen Defizitabbau in Frage

In Frankreich wird der Sozialist Hollande zum neuen Präsidenten gewählt. Er will den Fiskalpakt nachverhandeln. In Griechenland verfehlen die Unterstützer des Sparprogramms bei der Parlamentswahl die Mehrheit. Die deutsche Wirtschaft trotz der Rezession und wächst überraschend stark | mehr



April 2012

Das Misstrauen kehrt zurück

Nach wochenlanger Erholung kehren die Krisenanzeichen an den Anleihenmärkten zurück. Die Renditen deutschen Papiere notieren auf Rekordtiefständen, die Zinsen für Italien und Spanien steigen wieder deutlich. Dennoch heben mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen an. | mehr



März 2012

Arbeit an den Schutzwällen gegen die Eurokrise

Die Eurokrise treibt die EU-Politik: 25 der 27 Euro-Staaten unterzeichnen den Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin. Der Rettungsschirm ESM soll früher kommen, schneller mit Geld ausgestattet werden - und nun doch mehr Geld zur Verfügung haben. Die privaten Gläubiger Griechenlands verzichten auf hohe Milliardenbeträge. | mehr



Februar 2012

Zweites Rettungspaket für Griechenland

Nach zähen Verhandlungen steht das zweite Rettungspaket für Griechenland. Die Euro-Staaten wollen bis zu 130 Milliarden Euro neue Hilfen bereitstellen. Die privaten Gläubiger sollen auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Die Regierung in Athen muss dafür strikte Sparprogramme durchsetzen. | mehr



Januar 2012

Frankreich und der EFSF verlieren das Top-Rating

Die Ratingagentur Standard & Poor's entzieht Frankreich, Österreich und dem EFSF die Bestnote AAA. Deutschland blickt auf ein Rekordjahr zurück: Die Arbeitslosenzahl sinkt auf den niedrigsten Stand seit 1991. Die Koalition streitet über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. | mehr



Dezember 2011

Endspiel um den Euro

Im Kampf gegen die Schuldenkrise in der Eurozone wächst der Druck auf Deutschland, Eurobonds und einer Freigabe des Aufkaufs neuer Staatsanleihen durch die EZB zuzustimmen. Die Bundesregierung drängt auf Änderungen der EU-Verträge hin zu einer Stabilitätsunion. | mehr



November 2011

Griechenland schockiert die EU und die Märkte

Mit den Beschlüssen des EU-Gipfels war die Hoffnung verbunden, dass vorerst in Sachen Schuldenkrise Ruhe einkehrt. Doch das plötzlich angekündigte Referendum in Griechenland stellt alles wieder in Frage - und stürzt das Land und die gesamte Eurozone, trotz späterer Rücknahme der Pläne, noch tiefer in die Krise. | mehr



Oktober 2011

Schuldenerlass für Griechenland

Der EU-Gipfel verpflichtet die Großbanken zur Aufstockung ihres Kernkapitals. Das soll die Folgen des Schuldenerlasses für Griechenland abfedern, dem die Banken nach langen Verhandlungen zustimmen. Zugleich beschließt der Euro-Gipfel einen Kredithebel zur Stärkung des Euro-Rettungsschirms EFSF. | mehr



September 2011

Ringeln um den erweiterten Euro-Rettungsschirm

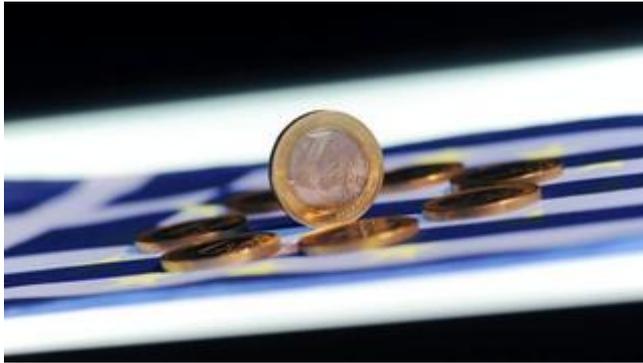
Die Koalition ringt um die eigene Mehrheit für den erweiterten Euro-Rettungsschirm. Das Bundesverfassungsgericht billigt das erste Griechenland-Hilfspaket und den ursprünglichen Euro-Rettungsschirm. Die Schweiz koppelt den Schweizer Franken an den Euro, um die eigene Währung zu schwächen. | mehr



August 2011

Die USA verlieren ihr "AAA" - Börsencrash auf Raten

Die Risikozuschläge für italienische und spanische Staatsanleihen steigen - die Märkte haben Zweifel, ob die Staaten ihre Schulden zurückzahlen können. S & P senkt den Daumen und stuft die Kreditwürdigkeit der USA herab. Die Börsen schließen tagelang mit dicken Minuszeichen - ein Crash auf Raten. | **mehr**



Juli 2011

Neues Geld für Griechenland

Nachdem das griechische Parlament das Sparprogramm gebilligt hat, fließt neues Geld: Die Euro-Finanzminister geben die nächste Kredittranche frei. Auch ein zweites Kreditpaket bekommt grünes Licht. Derweil ist eine Diskussion um die Rolle der Ratingagenturen in der Schuldenkrise entbrannt. | **mehr**



Juni 2011

Ringern um weitere Griechenland-Hilfen

Die Euro-Länder debattieren über die Auszahlung weiterer Griechenland-Hilfen und ein zweites Rettungspaket. Die Regierung in Athen versucht, mit Privatisierungen und zusätzlichen Einsparungen die Haushaltssanierung voranzutreiben. Die Massenproteste gegen die Sparpläne gehen gleichzeitig weiter. | **mehr**



Mai 2011

Sorge um Griechenlands Zukunft

Trotz der Milliardenhilfen der Partnerstaaten ist die Finanzlage Griechenlands bedrohlich. Das Land bittet um mehr Zeit für die Rückzahlung der Schulden, die Kreditwürdigkeit des Landes wird herabgestuft. Doch Staaten der Euro-Zone beteuern, dass ein Ausscheiden des Landes kein Thema sei. | mehr



April 2011

Portugal schlüpft unter den Rettungsschirm

Portugal beantragt Milliardenhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm. Die teilverstaatlichte Commerzbank kündigt dagegen an, die Hilfen des Staates binnen zwei Monaten zum größten Teil zurückzuzahlen. Das Frühjahrgutachten der Konjunkturforscher sagt Deutschland für 2011 ein kräftiges Wachstum voraus. | mehr



März 2011

Der Konjunktur-Optimismus bleibt

Die EU-Kommission hebt die Wachstumsprognosen an, auch für Deutschland. Der Arbeitsmarkt profitiert weiter von der Konjunktur, aus mehreren Branchen kommen Erfolgsmeldungen. Die Probleme mit dem Euro sind dagegen noch nicht überwunden - und Griechenland kämpft weiter mit seiner Schuldenlast. | mehr



Februar 2011

Ringens um Stabilität des Euro

Was verhilft dem Euro dauerhaft zu mehr Stabilität? Diese Frage treibt das von der Schuldenkrise gebeutelte Europa um. Deutschland und Frankreich schlagen vor, dass die Euro-Staaten ihre Wirtschaftspolitik künftig enger koordinieren. Ein Pakt für Wettbewerbsfähigkeit soll geschlossen werden. | mehr



Januar 2011

Hoffnung auf anhaltenden Aufschwung

Deutschland und die meisten europäischen Staaten gehen optimistisch ins neue Jahr. Sie hoffen darauf, dass die Rettungsmaßnahmen für die Euro-Zone und die Schritte zur Stärkung der Konjunktur Früchte tragen. Der Rückblick auf 2010 verdeutlicht den kräftigen Aufschwung in vielen Bereichen. | mehr



Dezember 2010

Optimismus in Deutschland, Sorge im Süden

Aus Deutschland kommen weiterhin viele Wirtschaftsmeldungen, die optimistisch stimmen. Sorge bereiten hingegen Nachrichten aus dem Südwesten Europas. Spanien und Portugal kommen - trotz massiver Sparbemühungen - nicht aus den Schlagzeilen. | mehr



November 2010

Irland unter dem Rettungsschirm

Nach langem Zögern entschließt sich die irische Regierung, bei EU und IWF um Milliardenhilfen für den maroden Staatshaushalt zu bitten - der wies zuletzt ein Defizit von 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf. Gleichzeitig wird ein Sparplan aufgelegt - und die Regierung wackelt. | mehr



Oktober 2010

Deutschlands größte Bad Bank entsteht

Die Krisenbank Hypo Real Estate (HRE) hat ihre Schrottpapiere in eine Bad Bank ausgelagert - dabei entstand die größte Finanzmüllkippe der Republik. Angesichts eines Abwertungswettlaufs großer Volkswirtschaften mehren sich die Warnungen vor einem Währungskrieg. | mehr



September 2010

Grünes Licht für Milliarden-Kürzungen

Rund 80 Milliarden Euro will die Bundesregierung in den kommenden vier Jahren einsparen - das Kabinett beschließt den Gesetzentwurf für das umstrittene Kürzungspaket. Darin unter anderem enthalten: Hartz-IV-Empfänger bekommen künftig weder Elterngeld noch Beiträge zur Rentenversicherung. | mehr



August 2010

Mehr Geld für Griechenland

Gute Nachrichten für die Regierung in Athen: EU, EZB und IWF sind mit den bisherigen Reformen zufrieden und geben grünes Licht für die zweite Tranche des Hilfspakets. Die deutsche Wirtschaft wächst so stark wie schon seit Jahren nicht mehr; Konjunkturprognosen werden nach oben korrigiert. | mehr



Juli 2010

EU deckelt Banker-Boni

Als weltweit erster Wirtschaftsraum erlässt die EU strenge Regeln für die Gewährung von Sonderzahlungen an Banker. Unter anderem dürfen nur noch 30 Prozent der Boni sofort in Bar ausgezahlt werden. Immer deutlicher wird, dass der deutsche Arbeitsmarkt glimpflich durch die Krise gekommen ist. | **mehr**



Juni 2010

Neue Regeln für die Märkte?

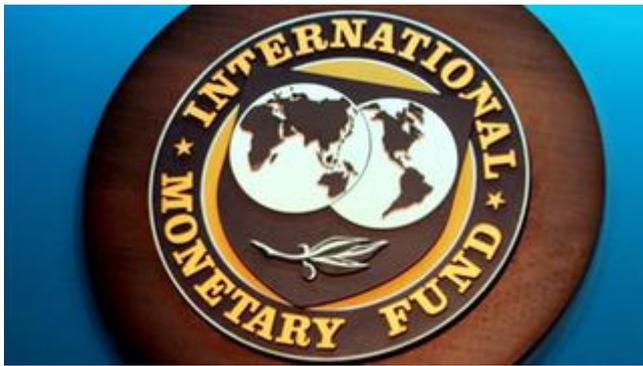
Die Politik macht sich an die Finanzmarktregulierung: In Deutschland nimmt die Regierung Spekulanten ins Visier, indem sie ungedeckten Leerverkäufen gesetzlich einen Riegel vorschieben will. Die EU-Kommission legt Pläne vor, wie Ratingagenturen strenger kontrolliert werden könnten. | **mehr**



Mai 2010

Gigantische Summen stützen den Euro und Griechenland

Die Hilfspakete für den Euro und für Griechenland sind geschnürt. Die EU-Staaten stellen Hilfen und Bürgschaften in dreistelliger Milliardenhöhe bereit - allein Deutschland muss weit über 100 Milliarden Euro schultern. In Deutschland passieren die Hilfen alle Genehmigungsverfahren - doch der Erfolg ist noch ungewiss. | mehr



April 2010

Griechenlandkrise spitzt sich zu

Weltweit entwickelt sich die Wirtschaft überraschend freundlich. Für den IWF Grund für eine eindringliche Warnung vor zu viel Optimismus: "Wir sind noch nicht über den Berg", sagte IWF-Chef Strauss-Kahn. Und wie um ihm Recht zu geben eskaliert die Krise in Griechenland. | mehr



März 2010

Wie Griechenland helfen?

Die Schuldenkrise Griechenlands beschäftigt weiter die EU. Beide Seiten ringen um Sparmaßnahmen. Der US-Autokonzern General Motors verhandelt über Staatshilfen für Opel. Um die Unterstützung der europäischen Regierungen zu bekommen, verdreifacht GM den Eigenanteil an den Kosten. | mehr



Februar 2010

Griechische Krise

Die Wirtschaftskrise setzt Griechenland zu. Jetzt überwacht die EU-Kommission den Defizitsünder. Hochrechnungen hatten es schon erahnen lassen, nun ist es amtlich: Nach einem drastischen Einbruch der Ausfuhren im Krisenjahr 2009 verliert Deutschland den Titel des Exportweltmeisters an China. | **mehr**



Januar 2010

Die Banken steuern in ein schwieriges Jahr

Trotz der Wirtschaftskrise erweist sich der Arbeitsmarkt in Deutschland als recht stabil: Die Arbeitslosenzahlen steigen zwar - aber weniger stark als befürchtet. Die Finanzkrise scheint noch nicht ausgestanden: Auf die Banken kommen 2010 möglicherweise erhebliche Kreditausfälle zu, warnt die Bundesbank. | **mehr**



Dezember 2009

Opelaner warten aufs Sanierungskonzept

GM will Opel behalten - doch wie die Sanierung aussehen soll, bleibt weiter unklar. Die Bundesregierung sorgt sich um den Aufschwung und bereitet Maßnahmen gegen die drohende Kreditklemme vor. Die insolvente Warenhauskette Karstadt setzt den Sanierungskurs mit weiteren Filialschließungen fort. | mehr



November 2009

GM will Opel doch behalten

Beim Versandhaus Quelle beginnt der Ausverkauf von 18 Millionen Artikeln. In den USA beantragt der Mittelstandsfinanzierer CIT Gläubigerschutz. Es ist die größte US-Bankenpleite seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Und GM will Opel nun doch behalten. | mehr



Oktober 2009

Für Quelle kommt das endgültige Aus

Der Bund drängt bei der Hypo Real Estate die letzten Kleinaktionäre aus dem Unternehmen. Die Immobilienbank wird vollständig verstaatlicht. Die restlichen Anteilseigner erhalten eine Zwangsabfindung. Für das traditionsreiche Versandhaus Quelle kommt dagegen das endgültige Aus. | mehr



September 2009

Opel-Mehrheit soll an Magna gehen

Der monatelange Bieterwettstreit hat ein Ende: GM will die Opel-Mehrheit an den Zulieferer Magna und die russische Sberbank verkaufen. In Deutschland sollen laut den Plänen 4000 Opel-Stellen wegfallen. Bundesweit steigt die Arbeitslosigkeit aber dank Kurzarbeit weiter nur leicht. | mehr



August 2009

Hoffen auf das Ende der Krise

Nach dem monatelangen Konjunkturerinbruch mehren sich die Anzeichen für ein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt in Deutschland. Für das zweite Quartal wird ein minimales Wachstum gegenüber dem ersten Quartal gemeldet. Doch in einigen Branchen dominieren weiter schlechte Nachrichten. | mehr



Juli 2009

Startschuss für die Bad Banks

Nach langen Verhandlungen macht die Große Koalition im Bundestag den Weg für die Bad Banks frei. Sie sollen die Banken von ihren Schrottpapieren befreien. Unterdessen mehren sich die Hinweise, dass die deutsche Wirtschaft den Tiefpunkt der Rezession hinter sich gelassen hat. | mehr



Juni 2009

General Motors muss in die Insolvenz

Trotz aller Milliardenkredite, Rettungspläne und Sanierungsversuche: Nach einer mehr als 100-jährigen Geschichte muss der US-Autobauer General Motors Insolvenz anmelden. Der Konzern hofft nun auf einen schnellen Neuanfang. | mehr



Mai 2009

HRE wird staatlicher, Opel vorerst gerettet

Zwar nehmen weniger als 50 Prozent der Aktionäre das Kaufangebot des Bundes für die Hypo Real Estate an - doch für eine Mehrheit in der Hauptversammlung dürfte es dennoch reichen. Am Ende des Monats entscheidet sich auch der Kampf um Opel - Magna macht das Rennen. | mehr



April 2009

Globaler Kampf gegen die Finanzkrise

Die Weltwirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Auch in Deutschland häufen sich Negativmeldungen. Doch der Ansturm auf die Abwrackprämie verhilft Herstellern zu Rekordabsätzen. Der Weltfinanzgipfel stemmt sich mit gemeinsamen Beschlüssen gegen die Krise. | mehr



März 2009

Das Zittern bei Opel geht weiter

Die Krise um den US-Autobauer General Motors spitzt sich zu - und damit auch die Frage, ob der deutsche Staat die GM-Tochter Opel retten sollte. Mehrere Krisentreffen bleiben ohne Ergebnis. Die Kritik am GM-Management wächst und der Streit um Opel wird mehr und mehr auch zum Streit innerhalb der Großen Koalition. | mehr



Februar 2009

Wird die HRE verstaatlicht?

Mit bislang 102 Milliarden Euro musste die Hypo Real Estate gestützt werden - ohne dass der Staat im Gegenzug Anteile übernommen hätte. Nun denkt die Bundesregierung das bislang Undenkbare: Soll die HRE verstaatlicht werden? In den USA trat das lange diskutierte Konjunkturpaket in Kraft. | **mehr**



Januar 2009

Der Staat steigt bei der Commerzbank ein

Konjunkturpakete sollen die Kaufkraft der Bürger stärken und den Unternehmen helfen. In Deutschland wird die Commerzbank teilverstaatlicht und die Abwrackprämie sorgt für einen ersten Lichtblick für die gebeutelte Autoindustrie. Die Bundesregierung schließt eine Verstaatlichung der HRE nicht mehr aus. | **mehr**



Dezember 2008

Autokonzerne mit herben Problemen

Neue Konjunkturprognosen zeichnen ein düsteres Bild. Vor allem die Autokonzerne geraten immer tiefer in die Krise. Während die deutschen Hersteller die Produktion drosseln, kämpfen die US-Autobauer um ihre Existenz, die sie mit Staatsgeldern sichern wollen. | **mehr**



November 2008

Die Konjunktur kippt

Die Wirtschaftsweisen senken ihre Wachstumsprognosen und die Statistiker geben bekannt, dass Deutschland in einer Rezession steckt. Nach den Rettungspaketen für die Banken werden nun weltweit Konjunkturpakete geschnürt. Dennoch kriselt es in weiteren Branchen, allen voran in der Automobilindustrie. | mehr



Oktober 2008

Der Monat der Rettungspakete

Nach und nach stellen die Regierungen weltweit bis dahin für unvorstellbar gehaltene Summen zur Rettung der Banken bereit. Insgesamt geht es um Billionenbeträge, von denen ein Großteil für Bürgschaften zur Verfügung gestellt wird. Allein das deutsche Paket umfasst 480 Milliarden Euro. | mehr



Sommer 2008

Das Ende der US-Investmentbanken

Die Krise nimmt dramatische Ausmaße an: Banken brechen zusammen, selbst große Institute wie Lehman sind nicht mehr sicher. Die Börsen befinden sich im freien Fall, der Dow Jones verbucht den größten Tagesverlust seit dem 11. September 2001. Die US-Investmentbanken erklären ihr Scheitern. | mehr



Sommer 2007 bis Frühjahr 2008

Aus der US-Krise wird eine weltweite Krise

Mit Bear Stearns fängt die Eskalation der Finanzmarktkrise an. Im Sommer 2007 wird die Schieflage zweier Hedgefonds der Bank bekannt, in Deutschland kriseln IKB und diverse Landesbanken, in Großbritannien wird Northern Rock verstaatlicht - die Ereignisse bis zum Frühjahr 2008. | mehr

Sommer 2007 bis Frühjahr 2008

Aus der US-Krise wird eine weltweite Krise



Die US-Investmentbank Bear Stearns in New York

Mit Bear Stearns fängt die Eskalation der Finanzmarktkrise an. Im Sommer 2007 wird die Schieflage zweier Hedgefonds der Bank bekannt, in Deutschland kriseln IKB und diverse Landesbanken, in Großbritannien wird Northern Rock verstaatlicht - spätestens jetzt wird klar, dass aus der US-Immobilienkrise eine weltweite Finanzmarktkrise geworden ist. Die Ereignisse bis zum Frühjahr 2008.

Juni 2007: Alarmglocken an der Wall Street: Zwei Hedgefonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns straucheln, weil sie in großem Stil in mit Immobilien besicherten Papieren engagiert sind.

Juli/August 2007: In Deutschland geraten Banken wegen Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt in die Krise - etwa die Mittelstandsbank IKB, die SachsenLB, die WestLB und die BayernLB.

September 2007: Besorgte Kunden stürmen die Schalter der britischen Bank Northern Rock. Die Regierung und die Bank von England garantieren die Einlagen, Northern Rock wird vom Staat übernommen.

Oktober 2007: Ein großes Finanzhaus nach dem anderen meldet Milliardenabschreibungen und hohe Verluste.

Februar 2008: Der US-Kongress billigt ein Konjunkturprogramm im Umfang von 150 Milliarden Dollar.

März 2008: Das Investmenthaus Bear Stearns wird auf Druck der US-Notenbank kurz vor dem Zusammenbruch an die Großbank J.P. Morgan Chase verkauft. Die US-Regierung springt mit Garantien ein.